

Scheuch, Erwin K.

**Article — Digitized Version**

## Vom Kurswert der Freiheit

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Scheuch, Erwin K. (1973) : Vom Kurswert der Freiheit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 5, pp. 224-225

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134535>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Vom Kurswert der Freiheit

**W**er die Häufigkeit zählt, mit der heute das Wort „Freiheit“ benutzt wird, der müßte meinen: dies sind gute Zeiten für die Freiheit! Sie scheint mehr Verteidiger denn je zu haben. Wie bei der Verwendung des Wortes „Frieden“ sollte aber auch die Berufung auf die Freiheit mißtrauisch stimmen. Vom Frieden ist meist dann besonders oft die Rede gewesen, wenn die Zeiten in Wahrheit kriegerisch waren; und Freiheit sagt gern, wer in Wirklichkeit Freiheit beseitigen will. So forderte Bebel die sozialdemokratischen Anhänger seiner Zelt auf: Schaut euren Führern nicht aufs Maul, sondern auf die Hände! Schauen wir auf die Hände, sehen wir uns die Handlungen von Personen an, dann ist eine Entwicklungsrichtung unverkennbar: Überall gibt es mehr Regeln, mehr Gremien, mehr Abhängigkeit der Entscheidung des einzelnen von der Zustimmung anderer.

Gewiß, die Abhängigkeit von früheren Autoritäten hat abgenommen. Eingetauscht wurde diese Freiheit gegen mehr Abhängigkeit von Gruppen und Institutionen. Zwei Beispiele: Die staatlichen Gewalten dürfen selbst dann unsere Briefe nicht einfach mitlesen, wenn wir eines Verbrechens ziemlich verdächtig sind. Stiehlt irgendeine radikale Gruppe unsere Briefe und veröffentlicht diese an der nächsten Plakatsäule, so können wir dagegen in der Praxis unserer Bundesrepublik rein gar nichts unternehmen. Weiter: Wir haben erkämpft, daß der Raum der Meinungsfreiheit weit ausgedehnt ist – allerdings nur gegenüber staatlichen Instanzen. Sollte unsere Meinung einer Gruppe mißfallen, dann haben wir keine Meinungsfreiheit. Der Chefredakteur Jens Feddersen von der „Neuen Ruhrzeitung“ hat die Freiheit, den Staat zu kritisieren. Als er kürzlich die Gewerkschaft kritisierte, entschied irgendwelche Drucker, ein für sie unfreundlicher Kommentar dürfe nicht erscheinen; statt des Kommentars gab es in der Zeitung einen weißen Fleck, so wie es in Staaten mit straffer Zensur gelegentlich vorkommt.

All diesen neuen Abhängigkeiten ist eines gemeinsam: gegen sie gibt es kein Rechtsmittel, keine wirksame Gegenwehr. Hier greifen die Mittel nicht, mit denen wir uns gegen staatliche Willkür verteidigen können. Eine Erinnerung an die Jugendzeit in einer Schulklasse läßt den Charakter dieser Abhängigkeit von Gruppen deutlich werden. Ein tyrannischer Lehrer war da gewiß ein Kreuz, aber der tyrannischste Lehrer konnte nicht das Maß an wirksamer Kontrolle ausüben, wie es die Klasse gegenüber einem widerspenstigen einzelnen tun kann. Eine Gruppe kann eben umfassender kontrollieren und Freiheit entziehen, als dies meist einer einzelnen Instanz oder Person möglich ist.

Diese vermehrten Abhängigkeiten von Gruppenwillkür könnten sich nicht durchsetzen, gäbe es nicht auch zugleich Vorteile für die Betroffenen. Gewiß, die Abhängigkeiten sind unangenehm. Angenehm ist jedoch, durch eine Gruppe nach draußen hin abgeschirmt zu werden. Ist der Vorgesetzte unangenehm, hilft viel-

leicht die Belegschaft; ist es riskant, der eigenen Gruppe zu widersprechen, so ist es angenehm zu hören, wie entschieden die eigene Gruppe in der Öffentlichkeit gegen andere auftritt. Für die Handlungen einer Gruppe – oder genauer: im Namen einer Gruppe werden deren Mitglieder bekanntlich nur selten verantwortlich gemacht.

Es gilt heute als progressiv, einen politisch besetzten Presseausschuß zu fordern, der die Meinungsäußerungen der Zeitungen kontrollieren soll. Dabei war ein freiheitlicher Journalismus eine der wesentlichen Neuerungen in unserem Land. Es gilt heute als progressiv, einen sogenannten engagierten Journalismus zu fordern, der mit Entschiedenheit parteiisch ist. Dabei war ein Journalismus, der sich um möglichst große Sachlichkeit bemüht und die Bewertungen dem Leser überläßt, ein wesentlicher Gewinn nach der Dauerpropaganda des Nazireiches. Es gilt heute als progressiv, wenn die Gesellschaft der Zukunft als Gruppenstaat erschaut wird. Übersetzt man viele der jungsozialistischen Sprüche auf dem Parteitag der SPD in Hannover in eine frühere Sprache, so kommt wieder die alte berufsständische Ordnung des Mittelalters heraus. Dort bestimmten Ausschüsse über Mängel, Qualität und Preis einer Ware, hier bestimmen die Produzenten, was gut für den Konsumenten ist. Hier gibt es nicht begrenzte Beziehungen und eine Trennung von Aufgabe und Person, einen Unterschied zwischen Verhalten in der Öffentlichkeit und im Privatleben, hier gibt es nur Gemeinschaft.

Das Mittelalter hat einen schlechten Ruf. In den Schulbüchern wird uns gewöhnlich nur mitgeteilt, was für einen Menschen der heutigen Zeit schwer erträglich scheint: die Einteilung einer Gesellschaft in Gruppen, die Existenz als Gruppenmitglied und nicht die Anonymität als Kunde oder Arbeitnehmer oder Wähler, die Regelung des gesamten Lebens durch Gruppenzwänge. Kein kompliziertes Sozialsystem kann existieren, das von der Mehrzahl der Betroffenen nur als nachteilig angesehen wird. Und tatsächlich hatte das Mittelalter nach Meinung der Bürger erhebliche Vorteile. Der einzelne war als Zunftangehöriger geschützt vor den Wechselfällen des Marktes, er war ein Mensch mit einer Identität unter seinen Gruppenmitgliedern und nicht ein vereinzelter Bürger in einer Gesellschaft, in der gewöhnlich die verschiedenen Institutionen sich für ihn als Träger einer Rolle interessieren. Es gab klare Wertbezüge und nicht eine Vielfalt sich widersprechender Aussagen.

Damit soll nicht für die mittelalterliche Sozialordnung geworben werden. Es soll lediglich versucht werden, Teile dieser Sozialordnung in Erinnerung zu rufen, die gewöhnlich vergessen werden. Und gerade die Sicherheit im Kollektiv, gerade das Freisetzen von den Wechselfällen der Märkte und der Wahlen zwischen Möglichkeiten, deren Folgen nicht genau zu ermessen sind, für die der Wählende aber als Einzelperson haftbar gemacht wird, – gerade diese Sicherheit scheint heute für Jüngere besonders anziehend zu sein. Verstünden sie, daß diese Gruppenexistenz ihren hohen Preis hat, der aus der Vergangenheit bereits bekannt ist, vielleicht wäre dann für sie die mit progressiven Worten geschmückte Rückkehr in die Vergangenheit nicht mehr so anziehend.

Der Preis einer durch Gruppen organisierten Gesellschaft, in der durchgehende Politisierung die unparteiischen Märkte als Steuerungsmechanismen ersetzt, ist hoch. Eine solche Ordnung kann nur funktionieren, wenn die Angehörigen eben das tun, was sie in einer Marktgesellschaft nicht oder nur unvollkommen tun. Gerade in der „progressiven Gesellschaft“ wird es besonders wichtig, sich mit der Ordnung und zumindest der Gruppenvorschrift voll zu identifizieren, damit nichts das „richtige Bewußtsein“ in Gefahr bringt. Aber will das tatsächlich die Bevölkerung? Mit Sicherheit die Mehrzahl nicht, sondern vornehmlich nur diejenigen Jungakademiker, die sich so gern auf die Interessen der Arbeitnehmer berufen. Und selbst diese Jungakademiker würden an der von ihnen geschauten „neuen Gesellschaft des Gruppensozialismus“ wohl keine Freude haben. Wie die mittelalterliche Gesellschaft erfordert diese Sozialordnung nämlich ein großes Maß an Selbstdisziplin und Leidensfähigkeit. Gerade das ist aber aus verschiedenen Gründen abhanden gekommen und wahrscheinlich nicht ohne weiteres wiederherstellbar.